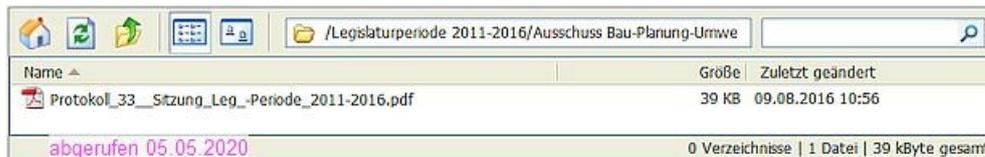


Gemeinsame Sitzung von Bauausschuss und Hafi am 9. Oktober 2014

Anwesend sind auch der Geschäftsführer der Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft (KBG) Wolfgang Imberger und sein Architekt Christian Gerlach obwohl sie nicht in der Tagesordnung der Einladung genannt sind.

In den digitalen [Sitzungsunterlagen-Archiv](#) finden sich zu dieser Sitzung des Bauausschusses keine Einladung und keine Erläuterung zu den TOPs.



Nur beim Haupt- und Finanzausschuss gibt es ein [Blatt](#) mit dem Sitzungstermin und dem Tagesordnungspunkt 1

„Bewerbung der Stadt Homberg bei der Bundesagentur für Arbeit zur Vermietung von Büroflächen in der Innenstadt“ .

In den Unterlagen der Stadtverordneten findet sich in der Papierform eine Erläuterung und ein Beschlussvorschlag.

Zu a)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Homberg sich aufgrund der Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit für die Vermietung von Büroräumen bewirbt. Die Bewerbungsunterlagen müssen am 17. Oktober 2014 der Bundesagentur für Arbeit vorliegen.

Zu b)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass im Falle einer erfolgreichen Bewerbung zur Vermietung von Büroräumen an die Bundesagentur für Arbeit zwei städtische Liegenschaften an der Wallstraße zur Schaffung von Büroflächen umgenutzt werden sollen. Der Magistrat wird beauftragt alle erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten.

Bürgermeister Dr. Ritz empfahl in der Sitzung keinen Beschluss zu fassen. Diese Empfehlung begründete er nicht, doch der Ausschuss folgte seiner Empfehlung.

Von der Sitzung wurden für jeden Ausschuss ein eigenes Protokoll geführt und veröffentlicht.

Bauausschuss: Protokollführer Ziegler	Haupt- und Finanzausschuss: Protokollführer Bottenhorn
<p>1. Bewerbung der Stadt Homberg bei der Bundesagentur für Arbeit zur Vermietung von Büroflächen in der Innenstadt</p> <p>Bürgermeister Dr. Ritz erläutert dem Ausschuss die Historie für die Ansiedelung der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Innenstadt.</p> <p>Herr Gontermann trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Planungsentwurf für die Vermietung von Büroräumen an die Bundesagentur für Arbeit auf dem Areal der beiden städtischen Gebäude Freiheiter Straße 17 und 26 vor. Zum Planungsentwurf gehört die Schaffung zusätzlicher Parkplätze in Form einer Parkpalette auf dem Busbahnhof.</p> <p>Bürgermeister Dr. Ritz erläutert anschließend dem Ausschuss wie an dem Projekt weiter gearbeitet wurde und wie der Kontakt zur KBG für dieses Projekt zustande gekommen ist. Die städtischen Planungen haben hierbei die Grundlage für alle Gespräche dargestellt. Ohne eine städtische Planung hätte der Bundesagentur für Arbeit kein konkreter Standort mit dem erforderlichen Platzbedarf vorgeschlagen werden können.</p> <p>Herr Imberger begründet dem Ausschuss</p>	<p>Zu Punkt 1:Gegenstand: Bewerbung der Stadt Homberg bei der Bundesagentur für Arbeit zur Vermietung von Büroflächen in der Innenstadt</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Ritz erläutert den gesamten Sachverhalt.</p> <p>Herr Gontermann nennt die Anforderungen der Bundesanstalt für Arbeit (BAA).Dann teilt er mit, das zunächst die Kasernen, das Haus Dechant in der Bischofstraße sowie das ehemalige Krankenhaus geprüft wurden. Dazu beschreibt er die Planungen für eine mögliche Nutzung des Krankenhauses. Danach rücken die Gebäude Freiheiter Straße 17 und 26 in den Mittelpunkt seines Vortrages. Die Planung wurde mit der BAA abgestimmt. Er stellt die Planung an und in dem Gebäude vor. Außerdem nennt er Planungen zur Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen durch den Aufbau eines Parkdecks im vorderen Teil (entlang der Wallstraße) über den ZOB. Abschließend geht er auf Fördermöglichkeiten ein.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Ritz stellt fest, dass mit den vorgestellten Plänen die Arbeit nicht beendet sei, sondern es müssen weitere Überlegungen angestellt werden, beispielsweise Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Können ca. 1.000 m² Bürofläche in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden? Gibt es Privatinteressenten, die solche Flächen schaffen und anbieten können? Er habe diesbezüglich ein Gespräch mit der KBG Homberg geführt. Die KBG habe ihrerseits ihren Architekten eingeschaltet, sich Gedanken über eine mögliche Planung zu machen.</p> <p>Herr Geschäftsleiter Imberger stellt die</p>

<p>das Interesse der KBG am Projekt in der Freiheiter Straße.</p> <p>Der Architekt, Herr Gerlach, trägt die Weiterentwicklung der vorgetragenen Entwurfs-planung für eine wirtschaftliche Lösung der KBG vor, dabei möchte die KBG aus betriebswirtschaftlichen Gründen das Gebäude Freiheiter Straße 26 aufstocken und dort die Bundesagentur für Arbeit unterbringen. Gespräche mit der Denkmalpflege wurden bereits geführt. Ein erster Entwurf wird anhand einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt.</p> <p>Bürgermeister Dr. Ritz erläutert dem Ausschuss, warum das Projekt unter Zeitdruck steht und dass es jetzt drei Handlungsoptionen gibt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Option: Die Stadt Homberg bewirbt sich nicht für die Vermietung von Büroräumen an die Bundesagentur für Arbeit und wartet ab, ob sich ein Dritter für Homberg bewirbt. 2. Option: Die Stadt Homberg bewirbt sich selbst mit allen eventuellen Risiken. 3. Option: Die Stadt Homberg überträgt der KBG das Gebäude Freiheiter Straße 26 für 1,00 € und ermöglicht damit, dass sich die KBG bewerben kann. <p>Bürgermeister Dr. Ritz wird den Ausschüssen und dem Magistrat folgende Beschlussempfehlung geben:</p> <p>Der Magistrat/die Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, das städtische Gebäude Freiheiter Straße 26 für 1,00 € an die KBG Homberg zu verkaufen.“</p> <p>Dies ist Voraussetzung, dass sich die KBG aufgrund der Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit für die Vermietung</p>	<p>Überlegungen und die Interessen der KBG vor, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen. Er nennt dabei die Möglichkeit, Renditen zu erzielen.</p> <p>Herr Architekt Gerlach lobt die Grundlagenarbeit Herrn Gontermanns, die für seine Arbeit enorm wichtig war. Dann stellt er seine Planung vor. Er habe den Gedanken verfolgt, nur ein Gebäude in der Freiheiter Straße zu nutzen, dieses aufzustocken und damit ca. 1.000 m² Bürofläche zu schaffen, da der Umbau nur eines Gebäudes wirtschaftlicher ist. Die Denkmalpflege würde einer solchen Lösung zustimmen.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Ritz nennt drei Handlungsoptionen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt könne sich bedeckt halten und auf andere Anbieter warten. 2. Die Stadt könne selbst ein Angebot machen. 3. Die Stadt könne die Basis schaffen, damit die KBG als Anbieter gegenüber der BAA auftreten kann. D. h. das Gebäude für 1,00 € zu verkaufen. <p>Für die derzeitigen drei Nutzer des Gebäudes werden Alternativen für ihre Unterbringung gefunden.</p> <p>Er empfiehlt, heute keine Beschlussempfehlung abzugeben.</p>
---	--

von Büroräumen im Bereich der Innenstadt bewerben kann. Die Bewerbungsunterlagen müssen am 17.10.2014 der Bundesagentur für Arbeit vorliegen. ...

Laut Bürgermeister Dr. Ritz werden für alle Mieter des Gebäudes Lösungen für neue Räume gefunden.

Herr Ausschussvorsitzender Groß möchte wissen, warum dieses Projekt unter Zeitdruck umgesetzt werden muss.

Bürgermeister Dr. Ritz antwortet, dass die Bundesagentur für Arbeit die Fristen gesetzt hat.

Herr Arch. Gerlach ergänzt diese Aussage dahingehend, dass für solche Projekte eigentlich mindestens ein halbes Jahr Vorlaufzeit für eine abgestimmte Planung mit den Nutzern erforderlich ist.

Zur Sache sprechen weiter die Ausschussmitglieder Herr Höse, Herr Koch, Herr Lotz und die Stadtverordneten Herr Dewald, Frau Ulrich, Herr Bölling und Herr Schnappauf.

Herr Groß fordert eine Erklärung, warum jetzt die Termine festliegen, obwohl das Thema schon lange diskutiert werde.

Herr Architekt Gerlach verweist auf die Dauer der Planung und der Umsetzung der Baumaßnahme.

Dazu sprechen Herr Bürgermeister Dr. Ritz, die Herren R. Fröde und Dewald, Frau Ulrich, Herr Bürgermeister Dr. Ritz und Herr Höse.

Herr Gontermann spricht die ursprüngliche Planung für beide Gebäude an.

Herr Bölling fragt nach den Parkplätzen.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz antwortet, die BAA erwarte 30 weitere Parkplätze. Die Planung dazu soll mit den Beteiligten im Bereich der Freiheiter Straße durchgeführt werden.

Herr Koch möchte Zahlen zu den Baukosten für ein oder zwei Gebäude haben.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz meint, man solle zunächst entscheiden, wer das Angebot gegenüber der BAA erstellt.

Dazu sprechen Herr Lotz, erneut Herr Bürgermeister Dr. Ritz und Frau Ulrich.

Herr Imberger sagt, die KBG möchte die Innenstadtentwicklung vorantreiben und hat deshalb Interesse am Gebäude.

	<p>Herr Schnappauf fragt, ob die Genossen der KBG ihre Zustimmung erteilt haben. Herr Bürgermeister Dr. Ritz stellt fest, dass das kein Thema für die Fachausschüsse sei.</p>
--	---